



# dbb Hessen

**dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Hessen**

Sperrfrist: Dienstag, den 03.02.2015  
12.00 Uhr

## Rede der Landesvorsitzenden des dbb Hessen zur Kundgebung am 03. Februar 2015 in Wiesbaden

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Kolleginnen, Kollegen,

im Namen des dbb Hessen freue ich mich, dass ihr so zahlreich nach Wiesbaden gekommen seid. Ich begrüße Euch recht herzlich zu unserer gemeinsamen Protestkundgebung hier und heute auf dem Dern'schen Gelände. Damit zeigt der dbb Hessen mit seinen 40 Mitgliedsgewerkschaften, Bezirks- und Kreisverbänden, dass diese Familie zusammenhält. Beamtinnen, Beamte, Tarifbeschäftigte, Pensionärinnen, Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner!

Danke, dass Ihr alle in Eurer Freizeit zu uns gekommen seid! Wir wissen dies bei der 42 Stunden Woche zu schätzen! Wir begrüßen auch die weiteren Gewerkschaften! Danke Kolleginnen, Kollegen, dass Ihr Euch mit uns solidarisch zeigt!

Ihr Alle, unterstützt die Aktivitäten des dbb Hessen gegen die beabsichtigten Einschnitte der Hessischen Landesregierung, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind. Ihr zeigt damit Euren berechtigten Unmut über diese Gräueltaten, die uns, ich sage bewusst, angedroht wurden.

Wir begrüßen darüber hinaus die zahlreich erschienenen Vertreterinnen und Vertreter der Politik,

- Ministerpräsident Volker Bouffier
- Innenminister Peter Beuth
- die Fraktionsvorsitzenden fast aller im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen, für die FDP Landtagsvizepräsident Wolfgang Greilich
- Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Fraktionen.

Wir zeigen Ihnen heute laut und vernehmlich, dass man mit uns, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Beamtinnen und Beamten nicht nach Gutsherrn-Art herumspringen kann.

Das erkennbare Meer der Fahnen und der hohen Anzahl der frustrierten Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass wir in dieser Zeit zusammenstehen.

Unser Datum der Kundgebung wurde bewusst gewählt!

Ab heute finden die letzten Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 im Hessischen Landtag statt!

Auch die Geschichte zeigt uns Interessantes zum heutigen Tag.

- Genau heute am 3. Februar 1912 - vor 103 Jahren- wurde die Operette „Der liebe Augustin“ von Leo Fall uraufgeführt. Hintergrund: Leo Fall schrieb die Oper Irrlicht. Diese wurde 1905 uraufgeführt. Floppte jedoch.
- Im gleichen Jahr schrieb er die Operette „Der Rebell“. Die scheiterte wieder. Dann komponierte er die Operette „Der liebe Augustin“. In dieser neuen Fassung kam schließlich der Erfolg!
- Unser Aufruf an die Politik: Lernen Sie hieraus! Lassen Sie sich nicht von einem Irrlicht in die Irre leiten! Kreieren Sie gleich den „lieben Augustin“. Lassen Sie ab von den massiven Kürzungen! Sonst wird dies Ihr Desaster.

Kolleginnen, Kollegen, ab heute wird im Landtag die Weichenstellung erfolgen. Die Regierungsfractionen wollen im Haushalt nicht nur Null Mittel für notwendige Besoldungserhöhungen einstellen. Nein, man will auch noch die beabsichtigten Stellenkürzungen für das Haushaltsjahr 2015 festschreiben.

Die schwarz-grünen Koalitionäre haben vereinbart, dass in der Hessischen Landesverwaltung in den nächsten fünf Jahren 1.800 Stellen einzusparen sind. Dies bedeutet für das Jahr 2015 267 einzusparende Personalstellen.

Warum? Die Personalkostenquote sei zu hoch sagt die Landesregierung! Jetzt mal ehrlich: Wir sind doch keine Quote! Wir, das Personal, sind eine Ressource! Wir sind tagtäglich für die Dienstleistungen an den Bürgerinnen und Bürger da!

- Steuerverwaltung - „Wenn es die Steuerverwaltung nicht gäbe, wäre der Staat bald handlungsunfähig - ihm würde das Geld fehlen.“
- Polizei „Sicherheit, Gerechtigkeit, Einsatz. Sie kümmert sich.“
- Bildung: „Kleine Menschen fit für Großes machen! Eine tolle Aufgabe!“
- Technische Berufe - „Sie bewältigen den schnell voranschreitenden technischen Wandel.“
- Kommunen – erbringen die zahlreichen Leistungen für die Bürger vor Ort
- Lebensmittelsicherheit – für uns alle lebenswichtig und nicht nur bei Skandalen!
- Die Feuerwehren – Sie retten, bergen schützen
- Die Strafvollzugsbediensteten – Sorgen für eine sichere aber auch menschliche Betreuung Verurteilter
- Nahverkehr – sorgt für einen reibungslosen Ablauf des ÖPNV
- Eichbeamte – tragen dazu bei, dass die Verbraucher nicht über den Tisch gezogen werden
- Sozial- und Erziehungsdienste – tragen eine große Verantwortung gegenüber den Menschen, die der Hilfe bedürfen
- Und vieles mehr! Dies sind nur wenige Beispiele unserer großen Vielfalt.

Der Mensch darf nicht wegrationalisiert werden.

Ein Gespräch ist etwas anderes als eine Antwort auf Knopfdruck.

#### Wir sind die Unverzichtbaren!

Ohne uns, ohne das Personal läuft nichts in Hessens öffentlichem Dienst! Personalabbau bedeutet Leistungsreduzierung! Die Bürgerinnen und Bürger zahlen den Preis. Wir sagen der Politik: Dies wird den Bürgern nicht verborgen bleiben! Diese Leistungseinschränkungen werden die Bürgerinnen und Bürger ausbaden müssen.

Aber der Stellenabbau ist ja nicht das Einzige!

Gleichzeitig sollen die Beamtinnen und Beamten im Jahr 2015 auf eine Besoldungserhöhung verzichten! Heißt auf Deutsch: Nullrunde für 2015. Die Regierung verordnet den Beamtinnen und Beamten eine Nullrunde für 2015! Aber: Die Koalitionäre haben aber nicht den Mut gehabt, dies wortwörtlich im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Ab 2016 sollen sich die Beamten mit jeweils 1 % zufrieden geben. Man verordnet der hessischen Beamtenschaft eine Besoldungsdeckelung.

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker! Das ist doch nicht Ihr Ernst! Wir haben mit Ihnen Allen bereits zahlreiche Gespräche geführt! Die Risiken und Nebenwirkungen klar zum Ausdruck gebracht!

Wir sagen: NEIN – Nicht mit uns!

Als „Sahnehäubchen“ kredenzt man uns noch eine Kürzung der Beihilfe.

Ich frage die Abgeordneten: Ist es ein verantwortungsvolles Handeln, die Besoldung für die Zukunft bereits in dieser Art und Weise festzuschreiben zu wollen?

Und dies bereits im Jahr 2013.

- Eine Nullrunde für 2015, nur noch 1 % bis 2018.
- Auch für uns steigen die Preise!
- Auch wir haben finanzielle Verpflichtungen.
- Auch unser Warenkorb wird teurer!
- Wir haben bereits in der Vergangenheit bereits genug geblutet!

Und eines ist klar und da lassen wir nicht locker. Wir haben unsere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung in der Vergangenheit bereits mehr als geleistet:

- Durch verschobene Termine der Besoldungsanpassung.
- Durch andere Prozentsätze der Besoldungsanpassungen.
- Durch Verzicht auf Einmalzahlungen!
- Durch Kürzung der Sonderzahlung bei den Pensionären und den Beamten!
- Durch die Einführung der 42-Stunden-Woche ab 2004.

Sieht so verantwortungsvolles Handeln für die Dienstleistenden der Bürgerinnen und Bürger aus?

Kolleginnen, Kollegen! Glauben denn die Politikerinnen und Politiker, dass wir auf den Kopf gefallen sind, dass wir nicht begreifen, was hier gespielt wird.

Es kann doch nicht angehen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Zahlmeister der Nation sind? Eines ist klar für uns: Wir sind kein Spielball der Politik! Ob mit oder ohne Schuldenbremse! Wir zahlen seit Jahrzehnten die Zeche für verfehlte Haushaltspolitik. Und sollen auch in der Zukunft dafür gerade stehen?

So nicht! So nicht mit uns!

Wir werden diese Kürzungsabsichten nicht widerspruchslos hinnehmen. Wir sind zu sehen, Kolleginnen, Kollegen. Wir sind zu hören! Wir sind keine schweigende Masse, welche alles widerspruchslos hinnehmen wird.

Wenn die Politikerinnen und Politiker denken: Beamte, mit Euch kann man es ja machen! Sagen wir laut und klar: NEIN! Nicht mit uns! Deswegen sind wir heute hier: Wir zeigen unseren Widerstand! Wir zeigen, dass mit uns zu rechnen ist.

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: *„Im Mittelpunkt unserer Vereinbarungen für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 steht die Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in unserem Land. Wir wollen den Wohlstand erhalten, Hessen nachhaltig gestalten und den Menschen Sicherheit bieten.“* – Zitat Ende.

Ich frage die Verfassenden und auch Euch:

- Gehören wir nicht zu den Menschen in diesem Land?
- Haben nicht auch wir das Recht auf Sicherheit?
- Das Argument des sicheren Arbeitsplatzes, welches man uns immer wieder entgegenhält, kann nicht zu Rate gezogen werden.

Dieses können wir nicht mehr hören!!!

Denn: Wir alle wissen: Wir befinden uns mitten im der Demografie! Im öffentlichen Dienst stehen immer mehr Abgängen immer weniger Bewerber gegenüber. Dies stellte sogar der Bundesrechnungshof im Jahr 2014 fest. Auch das Land Hessen weiß um den demografischen Wandel. Der Hessische Landtag gründete die Enquetekommission Demografischer Wandel bereits im Jahr 2003.

Im Abschlussbericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ im Jahr 2007 wurde festgestellt. Zitat: *„Hessen befindet sich im Werben um die besten Köpfe in Konkurrenz mit fast allen Bundesländern, anderen europäischen Ländern sowie den USA. Nur eine offene, aufnahme- und teilhabewillige, positiv eingestellte Gesellschaft hat die notwendige Attraktivität, um im Wettbewerb der Regionen um die Fachkräfte international bestehen zu können.“*

Dies gilt auch für die Fachkräfte des öffentlichen Dienstes! Allerdings wurde das Thema Fachkräftenachwuchs im öffentlichen Dienst im Koalitionsvertrag nicht aufgegriffen. Dies kann doch nicht wahr sein? Wer soll Zukunft die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger erledigen?

Wie sieht es mit Beteiligung aus? Zitat: *„Die Hessische Landesregierung will laut Koalitionsvertrag „Politik mit den Menschen machen und nicht über ihre Köpfe hinweg.“* Zitat Ende

Dies sind gute Ziele. Doch was bleibt übrig für uns? Keine Politik über deren Köpfe hinweg, sondern Politik mit den Menschen!!

- Wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind auch Menschen
- Wir sind auch Bürger dieses Landes.
- Mit uns hat niemand vorher niemand gesprochen.
- Keine Kommunikation, kein Miteinander.
- Wir wollen ernst genommen werden.

Kolleginnen, Kollegen, mit Blick auf den Hessen-Haushalt: Einnahmen und Ausgaben in Hessen verantwortungsvoll gestalten - heißt klar: Man darf nicht nur an der Ausgabenseite drehen. Man muss auch auf die Einnahmeseite achten, das wird Ihnen jeder Unternehmer bestätigen. Allein die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist nicht ausreichend. Nicht Stellenkürzungen sind der richtige Weg, sondern die Verwaltung, in Punkto Einnahmen u.a. die Steuerverwaltung richtig aufstellen! Nur so erhält man die notwendigen Einnahmen! Kennen Sie das Sprichwort:

*„Das Geld liegt auf der Straße, man muss es nur aufheben.“* Wir heben auf, aber man muss uns auch lassen. Stellenkürzungen sind hier kontraproduktiv!

### **Zur Schuldenbremse:**

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Politik immer nur auf die Schuldenbremse hinweist. Die ‚Schuldenbremsen-Rhetorik‘ kennen wir zur Genüge. Die Schuldenbremse ist eine gesamtwirtschaftliche Aufgabe und ist auch gesamtwirtschaftlich zu lösen.

Und nicht nur vom öffentlichen Dienst. Einen guten öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Discounterpreis! Wer dies denkt, irrt. Irrtum ist Wahrheit auf Durchfahrt!

### **Stichwort „verantwortungsvolles Handeln“; SAP:**

Über Jahre hinweg haben wir als dbb Hessen und alle Mitgliedsgewerkschaften und –verbände auf die Geldvernichtungsmaschine „Neue Verwaltungssteuerung“ und auf die Einführung von SAP hingewiesen.

Die Landesregierung will nun ab 2015 die Kosten von SAP deutlich kürzen: Vielen Dank an die Politik für diese Bestätigung. Wir wissen, wovon wir reden. Wir in den Dienststellen und Landesbetrieben, die tagtäglich vor Ort die Aufgaben ausführen.

Über Jahre hinweg wurde Personal für SAP gebraucht, die verbliebenen Kollegen vor Ort mussten deren Ausfall ausgleichen zusätzlich zur bereits hohen Arbeitsbelastung haben sie weitere Aufgaben übernommen. Sind die gnadenlosen Stelleneinsparungen ab 2015 nun der Dank dafür? Wertschätzung sieht anders aus!

Kolleginnen, Kollegen,

- Wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, führen die Entscheidungen und Gesetze des Gesetzgebers aus.
- Wir kennen unsere Verpflichtungen.
- Ständig werden uns neue Aufgaben aufgebürdet.
- Die Bürgerinnen und Bürger erhalten Versprechungen;
  - wir setzen sie um.

Beispiel: Der Bürgerservice soll aufrechterhalten, ständig besser werden. Schnellere Bearbeitung von Anträgen, geringe Wartezeiten, kompetente Auskünfte und immerwährende Freundlichkeit Ja!!! So sieht die Verwaltung der Zukunft in den Augen der Allgemeinheit aus.

Aber wie passt das zusammen? Ein immer besserer Service --- bei drastischen Stellenkürzungen bereits in der Vergangenheit und mit massivem Abbau auch in der Zukunft? Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Realität!

Unsere Frage: Wie soll ein Tennisspieler eine Rückhand spielen, wenn ihm die Hände auf dem Rücken gefesselt sind? Sieht so eine in die Zukunft gerichtete Personalpolitik aus? Stellenkürzungen bedeutet: weniger Einstellungen und weniger Nachwuchs!

Wie soll eine Verwaltung funktionieren, wenn die Erfahrung nicht mehr weitergegeben werden kann? Weniger Personal muss immer wieder mehr Aufgaben erledigen.

Die erhöhte Zahl der Erkrankungen sind Alarmsignale genug. Es ist doch fatal:

- Immer mehr Belastungen für die Beschäftigten
- Immer mehr zusätzliche Aufgaben bei Reduzierung des Personals.
- Das ist die Quadratur des Kreises!
- Politik verantwortet! Aber sie nimmt die Verantwortung nicht wahr!

Es reicht! Die Stärkung des öffentlichen Dienstes ist angesagt! So wird ein Schuh daraus!

Ich frage die Politik: Wie bitte soll eine Fußballmannschaft ein Spiel gewinnen, wenn sie nur mit sieben statt elf Spielern auf dem Platz steht.

Herausforderungen der Zukunft werden nur mit einem gut aufgestellten öffentlichen Dienst bewältigt! Und geht es dem öffentlichen Dienst gut, geht es auch der Wirtschaft gut. Der Rechenschieber ist das Fehl am Platz.

Beispiel:

Strafvollzug: Werden die Gefängnisse sicherer, wenn die Anzahl der Vollzugsbeamtinnen und – beamten zurückgefahren wird? Ob im Eichwesen, in der Justiz, im Forstbereich - alle leisten ihren Dienst im Sinne der Allgemeinheit. Der Rechnungshof überwacht die Gesetze, die die Parlamente erlassen haben.

Diese Aufgaben kann man nicht mit Gewinn und Verlust bemessen.

Wir, der öffentliche Dienst erbringen die Dienstleistungen, die die Politik bestellt hat. Wir sagen: Stopp den Einsparungen!

Kolleginnen, Kollegen, ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: *„Die Mitarbeiter prägen mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und Bürgernähe maßgeblich das Bild der Landesverwaltung in der Öffentlichkeit. Auf diese Leistungsstärke und Leistungsbereitschaft, engagiert und serviceorientiert im Einsatz für die Bürger zu arbeiten, setzen wir auch zukünftig.“* Zitat Ende.

Klasse! Ich bin begeistert. Das Zitat zeigt: Der öffentliche Dienst ist wichtig und unerlässlich. Für ein funktionierendes Staatssystem und für unsere Demokratie.

Jetzt aber mal im Ernst: Worten müssen Taten folgen, ansonsten sind es Papiertiger! Allein mit lobenden Worten der Politik bekommen die Beschäftigten die monatlichen Kosten nicht gedeckt, zahlt sich keine Miete.

Ich frage: Will man uns, wie man so schön sagt, einlullen? Nimmt man uns überhaupt ernst? Wenn man unsere Leistungen so schätzt, wenn man unser Engagement und die Serviceorientiertheit so lobt, fragen wir: Wo bleibt die Gegenleistung? Qualität hat ihren Preis. Auch unsere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger haben ihren Preis.

Stattdessen spart man wie ein Brunnenputzer!

Klar, das kommt gut an bei der Bevölkerung!

- Nullrunde 2015 und maximal 1 % Besoldungserhöhung ab 2016
- Stellenkürzungen!
- Beihilfeeinsparungen!

Und nun setzt man dem Ganzen noch die Krone auf. Die Landesregierung sichert uns zu:

- die Wochenarbeitszeit der derzeit 42-Stunden-Woche
- für unsere engagierte Arbeit und
- unseren unermüdlichen Einsatz ab 2017
- auf 41 Stunden zu reduzieren.

Kolleginnen, Kollegen! Wir leiden nicht an Vergesslichkeit. Ab dem 1. Januar 2004 leisten wir 42-Stunden-Woche im Beamtenbereich. Davor war es die 38,5 Stunden-Woche. In diesen - seit dem Jahr 2004 - dann 13 Jahren haben wir 2.366 Stunden mehr Arbeitszeit geleistet. Wir wollen ja nicht kleinlich sein: Hierbei habe ich Schaltjahre außen vor gelassen. Mit dieser Stundenzahl haben wir eine Jahresarbeitszeit bereits weit überschritten.

Kolleginnen, Kollegen, stimmen Sie mit mir überein: „Die 42 Wochen-Stunde ist die brutalst mögliche Arbeitszeit!?“

Dieser Applaus gehört Ihnen, Herr Staatsminister Al Wazir! Ja, Herr Al Wazir, an dieser Stelle aber nur an dieser sind wir absolut bei Ihnen. Allerdings war dies Ihre Aussage noch aus der Oppositionszeit im Jahr 2003. Wie sagte einst Konrad Adenauer: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“

Nun will man – Herr Al Wazir ist nun in Regierungsverantwortung - gnädiger Weise in 2017 die Wochenarbeitszeit um eine Stunde reduzieren. Was glauben denn die Politiker, mit wem sie es zu tun haben? In Erinnerung kommt da der Werbespruch eines großen Elektronikfachhandels „Ich bin doch nicht ...“ Frage: Wird sich ein Bestohler bedanken, dem man 5 Euro stahl, wenn er nach dreizehn Jahren 1 Euro zurück erhält?

Kolleginnen, Kollegen, als Dank für den Stellenabbau sollen wir ab 2017 eine Stunde weniger arbeiten. Wir haben in puncto Arbeitszeit die rote Laterne im Beamtenbereich!

Wir sagen:

- Weg mit der roten Laterne,
- weg mit der 42 Stunden Woche!
- Wir wollen die 40 Stunden Woche und zwar jetzt!!!!

Wir fordern nur Gerechtigkeit ein! Eine der beiden Regierungsparteien bezeichnet sich als Partei der Gerechtigkeit. Doch: Für wen gilt diese Gerechtigkeit? Auch für uns?

Wenn die Gerechtigkeit für alle gilt, stellt sich die berechtigte Frage, warum dann finden diese Einschnitte und Zurückweisungen in Richtung Beamtinnen und Beamte statt? Gilt die beschriebene Gerechtigkeit nicht für uns?

Kolleginnen, Kollegen, Stelleneinsparungen, Nullrunde, Besoldungsdeckelung, Beihilfekürzungen. Die schwarz-grüne Landesregierung verteilt sehr bittere Pillen.

Wir sagen:                    Nicht mit uns!

Nach langer Recherche haben wir ein wirksames Gegenmittel gefunden:

„Deckelungs-Stopp forte“.  
Mit dem Wirkstoff „Gerechte Behandlung“.

- Wenn Einsicht nicht mehr hilft und
- auch gute Argumente offensichtlich kein Umdenken bei der beabsichtigten Ungerechtigkeit bewirken,
- müssen Arzneimittel eingesetzt werden.

*Deckelungs-Stopp forte* ist ein Mittel zur Stärkung der bewussten und die Folgen abwägenden Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Einkommenssituation der hessischen Beamt/innen. Es wird eingesetzt, um den politisch Verantwortlichen im Hessischen Landtag die Augen zu öffnen, dass die Schuldenbremse nur eingehalten werden kann mit qualifiziertem, motiviertem und fair bezahltem Personal.

Es wirkt gegen

- Minus-Wachstum in den Geldbörsen der Landesbediensteten und
- ersetzt ewige Dankesreden der Mitglieder der Landesregierung und
- der Abgeordneten des Hessischen Landtags
- durch wirksames Feedback:

Wirksames Feedback ist die zeitgemäße, verfassungskonforme und faire Besoldung mit einer den anderen Bundesländern angepassten Arbeitszeit von 40 Wochenstunden.

Dazu gehört die Beibehaltung der aktuellen hessischen Beihilfenregelungen.

Fakt ist: Hessen darf auch einmal führend sein.

Deckelungs-Stopp forte wirkt bewusstseinsstiftend für die Unverzichtbarkeit einer gut funktionierenden hessischen Landesverwaltung und weckt den Wunsch, diesen Standortvorteil weiter zu optimieren. Die Folgen des von der schwarz-grünen Landesregierung geplanten Stellenabbaus von 1.800 Stellen treten vor Augen und verursachen einen starken Drang zur einsichtigen Entscheidungskorrektur.

Wie wirkt Deckelungs-Stopp forte? Bei bestimmungsgerechter Einnahme von *Deckelungs-Stopp forte* werden sich binnen kurzer Zeit deutliche Verbesserungen des im schwarz-grünen Koalitionsvertrag zementierten Krankheitsbildes einstellen:

- Das Tarifverhandlungsergebnis 2015 wird für die hessischen Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich übertragen.
- Die Mitglieder der Hessischen Landesregierung freuen sich,
- eine gute Beihilfenregelung im Bundesvergleich vertreten zu dürfen.
- Überzeugt passt die Hessische Landesregierung die Arbeitszeit Ihrer Beamtinnen und Beamten bereits 2015 an den Bundestrend an und
- reduziert die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden.
- Sie weiß, dass diese im 12. Jahr der bundesweit höchsten Arbeitszeit nun wirklich beendet werden muss.

Wie wirkt es weiter durch die Einnahme von Deckelungs-Stopp forte?

- Der geplante Stellenabbau wird aufgegeben.
- Diese 1.800 Stellen werden eingesetzt, um
  - die Einnahmesituation des Landes Hessen deutlich zu optimieren,
  - die Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu garantieren,
  - eine gute Schulbildung zu gewährleisten;
  - denn die Bediensteten des öffentlichen Dienstes
  - sind unverzichtbar für ein stabiles und souveränes öffentliches Leben.



Kolleginnen, Kollegen!

Es muss den politisch Verantwortlichen bewusst werden, dass ihr Vorgehen massive negative Konsequenzen hat und welche Folgen hierdurch entstehen. Welche Signalwirkung und Außenwirkung hat das beabsichtigte Vorgehen? Wie sollen wir uns damit im Wettbewerb um Nachwuchskräfte darstellen?

Wir rufen den politisch Verantwortlichen zu: Nehmen Sie *Deckelungs-Stopp forte* und lassen Sie sich die Augen öffnen. Eine Einhaltung der Schuldenbremse kann nur und einzig allein mit einem engagierten und gut aufgestellten öffentlichen Dienst erfolgen. Dazu gehört die Alimentierung mit einer angemessenen Besoldungsanpassung. Punkt.

Es ist bedauerlich, dass man auf die Versäumnisse und die falschen Wege, welche eingeschlagen werden, erst hinweisen und auf Hilfsmittel zurückgreifen muss. Aber dafür ist der dbb Hessen da!

Deshalb unsere Aufforderung zum Einsatz von *Deckelungs-Stopp forte*; lassen Sie die Wirkung dieses Arzneimittels zur vollen Geltung kommen:

Wir sind motiviert, einsatzbereit und engagiert. Ja!

- Wir sind der öffentliche Dienst!
- Wir sind gut!
- Und wir wollen angemessen besoldet werden.
- Dafür sind wir auf der Straße!

Sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrte Abgeordnete aller Fraktionen, Wertschätzen Sie unseren Einsatz!

Nicht nur mit Worten, auch mit Taten!  
Taten sind Früchte, Worte sind Blätter!

Unser Aufruf an die Politik: Nehmen Sie nicht den Umweg vom Irrlicht zum „Lieben Augustin“. Lassen Sie sich nicht von einem Irrlicht in die Irre leiten!

Lassen Sie ab von den massiven Kürzungen! *Deckelungs Stopp forte* - die letzte Chance zur Einsicht! Beamtinnen und Beamte müssen fair behandelt werden! Hessen braucht uns!

Wir der öffentliche Dienst sind

- Aktiv
- Erfolgreich
- Verlässlich

Da ist es eine Selbstverständlichkeit, uns zu stärken!

Ute Wiegand-Fleischhacker  
Landesvorsitzende dbb Hessen